

Fragenkatalog
Vernehmlassungsbericht zur Ergänzungsregel

-
1. Teilen Sie die Ansicht des Bundesrates, dass der von der
Schuldenbremse ausgenommene ausserordentliche Haushalt
einer institutionellen Regelbindung unterworfen werden soll?
JA NEIN

Bemerkungen:

-
2. Fragen zur Steuerungsgrösse der Ergänzungsregel:
a. Erachten Sie den Saldo des ausserordentlichen Haushalts
(ausserordentliche Ausgaben minus ausserordentliche Ein-
nahmen) als die geeignete Steuerungsgrösse? JA NEIN

Bemerkungen:

- b. Sind Sie auch der Meinung, dass zweckgebundene ausser-
ordentliche Einnahmen und die damit verbundenen ausser-
ordentlichen Ausgaben nicht auf dem Amortisationskonto
verbucht werden sollen?
JA NEIN

Bemerkungen:

- c. Stimmen Sie der Absicht des Bundesrates zu, dass im Falle
von erheblichen ausserordentlichen Einnahmen (z.B.
Privatisierungserlösen) die Gutschrift auf dem Amorti-
sationskonto mittels der jeweiligen Spezialgesetzgebung
unterbunden werden soll?
JA NEIN

Bemerkungen:

-
3. Gehen Sie mit dem Bundesrat einig, dass die Verfassungsbestimmungen der Schuldenbremse nach wie vor sachgemäss sind und deshalb die Ergänzungsregel im Rahmen dieser Bestimmungen umgesetzt werden soll? JA NEIN

Bemerkungen:

-
4. Teilen Sie den Standpunkt, dass die vorgeschlagene Amortisationsfrist von sechs Jahren das Gleichgewicht zwischen Konjunkturverträglichkeit und Stabilisierung der Bundesschuld wahrt? JA NEIN

Bemerkungen:

-
5. Sind Sie ebenfalls der Auffassung, dass die jährlichen Amortisationsbeträge nicht fix vorgegeben werden, sondern der Bundesrat und das Parlament das Ausmass der jährlichen Amortisationen im Rahmen der gegebenen Amortisationsfrist bestimmen sollen? JA NEIN

Bemerkungen:

-
6. Erachten Sie die vorgeschlagene Ergänzungsregel als geeignetes Instrument zur Erreichung des Ziels der Schuldenstabilisierung? JA NEIN

Bemerkungen: